- 1 BESCHLUSS VOM SCHLESWIG-HOLSTEIN-RAT
- 2 Zukunftsfeste Investitionen ermöglichen Kommunen
- 3 stärken, Haushaltsdisziplin wahren
- 4 Die Junge Union SH fordert:

5

6

7

8

9 10

11

12

13

14

15

16 17

18

19 20

21

22

23

24

25

26

27

28

29 30

31

32

33

34

35

36

- im Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (LuKIFG) eine verbindliche Mindestquote von 70 % für Investitionsmittel festzuschreiben, die von den Ländern verpflichtend für kommunale Infrastrukturprojekte verwendet werden müssen.
- dass Bundesfördermittel gezielt in solche Kommunen fließen, in denen besonders strukturell dringliche und gemeinwohlorientierte Investitionsprojekte notwendig sind. Dazu braucht es ein transparentes, gemeinsam mit den Kommunen entwickeltes System objektiver Bedarfsindikatoren
- dass künftig sollen nur solche Projekte die zu den freiwilligen Leistungen einer Kommune zählen Fördermittel erhalten sollen, die eine klare Zielwirkung nachweisen. Die langfristigen Folgekosten für die kommunalen Haushalte sind dabei systematisch zu berücksichtigen.
- die Anzahl der projektbezogenen Förderungen zugunsten einer besseren finanziellen Grundausstattung durch höhere Finanzzuweisungen im Rahmen des vertikalen Finanzausgleiches zu reduzieren. Außerdem soll der horizontale Finanzausgleich bundeslandsübergreifend gestärkt werden.
- Schaffung eines verbindlichen digitalen Verfahrensstandards für alle investitionsrelevanten Genehmigungsprozesse auf kommunaler und Landesebene mit gesetzlicher Fristbindung zur Verfahrensdauer, z. B. verpflichtende Genehmigung innerhalb von 60 Tagen oder automatische Genehmigung bei Fristablauf.
- im Prozess einer möglichen Reform der Schuldenbreme dürfen keine Vorschläge für die weitere Aufweichung der Schuldenbremse entwickelt werden, sondern vor allem alternative Wege zur Stärkung der Investitionskraft und mehr Investitionen ohne neue Schulden aufgezeigt und konkretisiert werden.
- verbindliche Tilgungspläne für jegliche Schuldenaufnahmen von Bund und Ländern.
- von Bund, Ländern und Kommunen trotz neuer Verschuldungsspielräume das klare Bekenntnis zur Haushaltsdisziplin und -konsolidierung.